

Mr. 861

Die „Pörsener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, am Sonntag und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Hundertster  Jahrgang.

Freitag, 8. Dezember.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Hud. Hoffe, Haasenstein & Vogler A. G.,
G. L. Dambé & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate, die sechsgespaltige Beitzelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 50 Pf., in der Mittlagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittlagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

16. Sitzung vom 7. Dezember, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Abg. Dr. Sahn (Hosp. b. d. Mall.): Die nationalliberale Partei, in deren Namen ich spreche, unterscheidet bei dieser Novelle zwei Theile, die eigentliche Börsensteuer und die Wüthungs- und Frachtsteuer. Der zweite Theil ist uns nicht so sympathisch wie der erste, und zwar fürchten wir, daß durch die Art der Handhabung des Gesetzes nicht nur der Mittelstand sondern auch der Arbeiterstand belästigt wird, ebenso wie dies beim Invaliditätsversicherungsgesetz geschehen ist, das sich durch seine Handhabung den Namen „Klebe-gesetz“ erworben hat. Es ist auch nicht wahr, wie Herr Gamp behauptete, daß der Arbeiter nicht gegen Quittung kauft, für den Weizen wenigstens ist es nicht zutreffend. Die nationalliberale Partei wird der Quittungssteuer nur dann näher treten, wenn verschiedene Abstufungen gemacht werden. Bezüglich der Börsensteuer können wir uns mit den Ausführungen des Abg. Meyer einverstanden erklären, und wenn der Redner der Freisinnigen Vereini-gung, die doch im Wahlkampf von der Börse so große Summen erhalten hat, sich für die Erhöhung der Börsensteuer erklärt hat, so können wir uns dem nur anschließen. Seit den siebziger Jahren, als Bakster gegen die Börse sprach, ist die Börse besser geworden, wenn auch nur zwangsmäßig. Es giebt auch ehrenhafte Leute an der Börse. Wenn aber Abg. Singer meint, es finden sich unter den Spekulanten auch die Edelsten der Nation, so vergißt er, daß das Verhältnis der spekulirenden Edelsten der Nation sehr gering ist im Verhältnis zu den Beuten aus dem alten Testament. (Heiterkeit und Unruhe links.) Wenn gegen die Offiziere anlässlich des Hannoverischen Spielerprozesses Vorwürfe erhoben werden, so bedenkst man nicht, daß die Offiziere in ganz jungen Jahren bereits in eine hohe soziale Stellung kommen. Die Sozialdemokraten hätten doch weit mehr Ursache, auf die Zustände in der sozialdemo-kratrischen Jugend zu achten. Nachdem ich so lange Jahre in den Zeitungen die Angriffe des Abg. Richter und anderer auf den Offizierstand gelesen habe, freue ich mich, daß ich jetzt als jüngerer Ancehöriger dieses Standes denselben in Schutz nehmen kann. (Präsident v. Levetzow ruft den Redner zur Sache.) Der Abg. Richter hat ganz recht, wenn er glaubt, daß die Mißstände an der Börse nicht durch eine Steuer beseitigt werden können, das kann nur geschehen durch eine organische Gesetzgebung. Das neue Aktien-gesetz hat manche Auswüchse ausgerottet. Es ist sehr zu beklagen, daß wir unser deutsches Geld dem Auslande gegeben haben. Die Geschäftsleute sind ebenso wie ihre Kunden über den Kessel bar-birt worden durch die Emissionen auswärtiger Staaten. Man gab sich betrefFS der Rentabilität der Unternehmungen, betrefFS der Zustände jener Länder falschen Hoffnungen hin. Es war Niemand da, der Ausschlag geben konnte. Die Hand-kredittaxeure übernehmen nur das, was ihnen zugeht. (Ru-f: Die Deutsche Bank!) Die Deutsche Bank nimmt ebenso wie alle großen Emissionsanstalten die Interessen der Gesammtheit wahr. (Lachen links.) Sie hat selbst dabei Verluste ge-habt. Es wäre wünschenswerth, daß eine neutrale Stelle geschaffen werde, die dem Publikum Auskunft giebt. (Zuruf des Abg. Richter: Geheimer Papirrath!) Sie nennen das geheimer Papirrath, aber auch Ihre Zeitung, die „Freisinnige Zeitung“ ist nicht der geheime Papirrath gegenüber dem Publikum gewesen, wie sie es hätte sein können und müssen, sondern auch sie hat das aufgenommen, was ihr die Emittenten zugehen ließen. Das kauf-männische Leben hat sich übrigens sehr gebessert, es besteht jetzt eine viel größere Sicherheit als früher. Man müßte den Emissions-firmen eine gewisse Verantwortlichkeit auferlegen, und die wohl-meynenden Geschäftseleute würden sich dem nicht widersetzen. Der Provinzialbanker ist ja an sich sehr nützlich, aber wir haben leider in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß Provinzialban-kers ihre Kunden zu Spekulationen, namentlich zu Ultimospekula-tionen verleitet haben. Diese Thätigkeit ist seine ersprißliche. Durch die Steuer wird allerdings das Arbitragegeschäft belastet, und wenn man die Thätigkeit an der Börse als Arbeit bezeichnen kann, so ist es diejenige der Arbitrageure. Der Aufschwung des Geschäftes aber, den wir doch erhoffen müssen, wird diese Schä-digung wohl abwägen. Am besten ließe sich die Börsensteuer aus-führen, wenn wir ein einzelntliches Börsenorganisationsgesetz hätten, aber da wir gerade jetzt Dedung für die Militärorganisation brauchen, so müssen wir zugreifen. Die Börse in Deutschland hat durch den nationalen Aufschwung unter dem Kaiser Wilhelm, auch durch die Kolonialpolitik einen größeren Aufschwung erlebt als je eine Börse in einem anderen Lande. (Sehr richtig! rechts.) Die Bandwirthschaft im Westen hat nicht diesen Vortheil gehabt. Durch unsere Politik in großen Zügen haben wir uns Konkurrenten geschaffen, die der Bandwirthschaft geschadet haben. Trotzdem trägt sie ihre Lasten, warum soll nicht die Börse sie tragen? Sie hat ja auch ihre Bereitwilligkeit gezeigt. An der Börse wurden ja Sammlungen zu Gunsten der Militärvorlage veranstaltet. Die Börse hat ja auch vom Militär nur Vortheile gehabt, die Kriegs-anleihe von 1870 hat ihr große Summen eingebracht. Der Patriotismus der Bankiers geht ja auch noch weiter. Mancher Bankier freut sich, seine Tochter an einen preussischen Lieutenant verheirathen zu können. (Große Heiterkeit.) In der national-liberalen Wäblerschaft hat man große Sympathien für die Börsen-steuer, es ist mir sogar angefallen worden, einzelne Emissions-firmen anzugreifen. Die vorliegende Novelle ist ein Gesetz, das die Sympathien des überwiegend größten Theils des deutschen Volkes für sich hat. (Beifall rechts.)

Abg. **Giebertmann v. Sonnenberg** (Antif.): Ich habe der nationalliberalen Partei Glück zu wünschen für den hörbaren Rückgang den bisherigen Grundlätzen des laissez faire laissez aller zu dem wirtschaftlichen Schutz des Schwachen gegenüber dem Uebermächtigen. Eine solche sozialpolitische Umformung bedingt einen Zug zum Antisemitismus, der auch ausreichend aus den Ausführungen des Vorredners herausklang. In das Lob des Nationalismus gegenüber der Börse kann ich selber nicht einstimmen.

Wenn 17 Bankfirmen Geld für die Militärvorlage gezeichnet, vielleicht auch gegeben haben, dann haben sie do ut des-Politik getrieben. Ich muß auch sagen, wenn Offiziere die Tüchter reich gemordener jüdischer Bankiers heirathen, so gleicht das keine gute Mischung, keinen guten Klang. (Große Heiterkeit.) Mit Freuden habe ich vom Staatssekretär gehört, daß der Börse Fesseln angelegt werden müssen. Vielleicht wendet auch der preussische Finanzminister seine große Arbeitskraft an, um ein organisches Gesetz gegen Börsenauswüchse zu schaffen. Bedauerlich ist, daß voraussichtlich aus der Börsenquetschekommission so wenig herauskommen wird. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß die gesammten Verhandlungen der Börsenquetschekommission veröffentlicht werden. Gegenüber dem Reichsfanzler, der meinte, die antisemitische Bewegung werde sich schließlich gegen das Kapital überhaupt wenden, bemerke ich, wir bekämpfen weder das jüdische Kapital noch das Kapital überhaupt, sondern wir unterscheiden zwischen schädlichem und nützlichem Kapital. Schädliches Kapital ist solches, das ohne wirkliche Arbeit an der Börse aufgesammelt wird, das zu Lug und Trug und Schwindel führt. Der Reichsfanzler hat uns vorgeworfen, wir erregten Unzufriedenheit im Lande; es kann aber keinen mächtigeren Förderer der Unzufriedenheit geben, als den Reichsfanzler selbst. So viel Unzufriedenheit, wie er durch seine Rede gegen den Antisemitismus erregt hat, werden die Sozialdemokraten und Antisemiten nicht in 10 Jahren erregen. Wenn diese nationale Bewegung erst erkrankt sein wird, so werden wir den Sozialdemokraten das Wasser abgraben. Von uns ist noch Niemand zu den Sozialdemokraten übergegangen, aber wir haben Beispiele genug, daß sich viele von der internationalen zur nationalen Befähigung der Unzufriedenheit wenden. (Lachen links.) Herr Richter meinte, an der Börse verkehren auch Antisemiten. Er hat überhaupt das Wesen des Antisemitismus noch nicht begriffen. Seine verkehrten Ausführungen gegen den Antisemitismus haben ihm seinen Landtagsitz in Hagen gekostet. (Lachen links.) Wenn Antisemiten an der Börse verkehren, dann sind es die christlichen, deutschen Angestellten jüdischer Geschäfte, Telegraphenboten, Kassenboten u. s. w. Wer an der Börse spekulirt, hätte Abg. Richter aus der Eingabe der Berliner Firmen erleben können; es sind das meist Juden, darunter auch eine große Anzahl solcher, welche den jüdischen Namen abgelegt haben, wie dies ja neuerdings mit hoher obligatorischer Erlaubniß geschehen ist. z. B. bei dem Schmal-Göke. (Heiterkeit.) Abg. Singer hat gegen die Börsensteuer nur formale Bedenken geltend gemacht. Wenn er aber sagte, er wolle einmal trivial sein, so ist ihm das gelungen. Seine Angriffe auf die Agaxier waren durchaus ungerechtfertigt. Die Lebenshaltung der Landwirthe ist sehr gesunken. Anstatt die Offiziere wegen ihrer hohen Ausgaben zu tabeln, sollten Sie die Lebenshaltung der Börsenjobber einmal in Betracht ziehen. (Abg. Singer: Ehrenscheine unterzeichnen, aber nicht bezahlen!) Herr Singer, Sie machen sich wieder zum Träger von solchen Infimitäten, die ich parlamentarisch nicht bezeichnen kann, wie ich mehrfach als bewußte Unwahrheit zurückgewiesen habe. Sie rüsten sich dadurch selber, indem Sie sich zum Mitgenossen von Wucherern machen. (Auf des Abg. Singer: Unverschämte Freiheit!) Vizepräsident Frhr. v. Buol: Ich bitte keine Zwiesprache zu halten! (Große Heiterkeit.) Abg. Schmidt-Eberfeld begiebt sich zum Präsidenten und macht ihn auf die ungebührliche Auslassung des Redners aufmerksam. Abg. Liebermann von Sonnenberg bemerkt dies und ruft dem Abg. Schmidt zu: Ueberlassen Sie doch dem Präsidenten die Beurtheilung dessen, was unparlamentarisch ist. Abg. Richter: Nein, wir haben das Recht den Präsidenten zu benachrichtigen, wenn er nicht aufgepaßt hat! Vizepräsident Frhr. v. Buol: Ich werde darauf aufmerksam gemacht und habe wohl gehört, daß der Redner einem Mitgliebe „bewußte Unwahrheit“ vorgeworfen hat. Ich muß diesen Ausdruck rügen.) Redner fährt fort: Es ist allerdings Zeit, daß wir zu einer geordneten Finanzwirtschaft zurückkehren. Aber unsere Anleihen werden wir auch ohne die Börse becken können. Das Hazardspiel, das man „Termingeschäft“ nennt, wird auch weiter blühen, der Stempel wird auf das Publikum abgewälzt werden. Wo ist der Staatsmann der Zukunft, der unser Volk vor der Ausbeutung der Börse schützt? Vielleicht gibt auch Dr. Miquel Auskunft vor dem Lande, welchen volkswirtschaftlichen Nutzen das Differenzgeschäft hat? Ist es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nöthig, daß die ausländischen Papiere, Serben, Bulgaren, Griechen, Portugiesen u. s. w. nach Deutschland kommen? Dadurch wird nur dauernde Beunruhigung unter dem Publikum hervorgerufen. Die Regierung muß daran gehen, zum Schutz der redlichen Arbeit die Auswüchse der Börse zu beseitigen. Die Börse befördert die Spieltheibenschaft, deshalb muß sie beschränkt werden. Wenn die Abgg. Richter und Singer dabei helfen wollen, will ich auch gern für Aufhebung der Lotterie stimmen. Die Produktionsbörse ist ähnlich schädlich wie die Fondsbörse. Ich kann es nicht für volkswirtschaftlich richtig halten, daß so viel Produkte an der Börse verhandelt werden, wie auf der ganzen Erde nicht existiren, daß Rüben und Getreide verhandelt werden, die noch auf dem Felde stehen. Welche Auswüchse die Börse zeitigt, zeigt die Verbreitung solcher Gerüchte, wie die falsche Nachricht von der Erkrankung des Kaisers. (Redner verliest lange Stellen aus Schriften von Böhr und Solano-Weber über die Schädlichkeit der Börse und Abhilfe.) Das Börsenspiel ist viel gefährlicher als das Roulette. Zu bedauern ist, daß die Börsensteuer in Zusammenhang gebracht ist mit anderen Steuern. Ich glaube, daß es viele im Hause geben wird, die nicht für das Gesetz stimmen können, wenn nicht der Quittungs- und Frachtstempel erheblich abgemindert wird. Darin stimme ich mit Herrn Richter überein, daß Jeder, der es mit dem Mittelstand gut meint, nicht für den Quittungsstempel stimmen kann. Ich hoffe, daß es in der Kommission gelingen wird, die Börsensteuer von den übrigen Steuervorschlägen zu trennen. Die Börsensteuer ist gut; je höher, je besser. Viel notwendiger aber ist ein Börsenregulirgesetz, welches die Ausbreitung der Börse beschränkt. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Hr. v. Buol: Nach dem stenographischen Bericht hat der Redner gesagt: „Herr Abg. Singer, Sie machen sich wieder zum Träger von solchen Insinuationen, die ich parlamentarisch nicht bezeichnen kann, die ich mehrfach als bewusste Un-

Abg. v. Blöb (dt.): Der Reichstanzler warf uns vor, wir hätten kein positives Programm aufgestellt. Wir verlangen erstens eine Erhöhung der Börsensteuer und eine Börsenreform, zweitens Wandel in der Währungsfrage, d. h. Wiederherstellung des Silberpreises, drittens Aufrechterhaltung des 5 Mark-Getreidesolls. Zahlreiche Bauern haben erklärt, wenn das Frühjahr komme, würden sie die Dube zumachen müssen. (Präsident v. Sebekow bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Wir können in kurzer Zeit nicht e nochmachende Dinge erfinden. Der Bund der Landwirthe ist erst 9 Monat alt. (Präsident v. Sebekow: Das gehört wirklich nicht zur Sache.) Dann muß ich das für eine andere Gelegenheit vorbehalten. (Große Heiterkeit.) Was die Börsensteuer betrifft, so verlange ich zunächst stärkere Heranziehung der Vermögensteuern und eine Emissionssteuer. Wir können zufrieden sein, wenn exotische Papiere von unserm Markt fern bleiben. Erhöht man die Börsensteuer, dann können der Quittungs- und Frachtschemel fallen. Dann brauchte man auch nur in geringerem Maß die Tabak- und Weinsteuer. Ich konstatire, daß die Interessen der Tabak- und Weinbauern mit denen der Landwirthschaft zusammenfallen. (Beifall rechts.)

Reichs-Schatzsecretär Graf v. Posadowsky erklärt betreffs des Borgans bei Emissionen von Staatsanleihen, daß nicht bloß die großen Banken, sondern auch das große Publikum Papiere zum Emissionskurse kaufen könnten, da die Zeichnung eine öffentliche sei. Eine Emissionssteuer läßt sich z. Bt. nicht durchführen. Den ganzen Betrag der Emissionen kann man doch nicht besteuern, da gewöhnlich nur ein Theil der Anleihe im Inlande zur Begebung gelangt. Wollte man diesen Theil besteuern, so könnte dies nur durch lästige Recherchen bei den einzelnen Bankiers festzustellen werden. In Frankreich entscheldet der Finanzminister gar; subjektiv über die Quote der im Inlande begebenen Papiere auswärtiger Staaten. Ich bin zweifelhaft, ob der Reichstag dem Reichsfinancier eine gleiche Befugniß geben würde. Wenn die Mehrheit für Quittungen und Geds anstatt einer fixirten Ueber eine Werthsteuer will, so wird sich die Regierung nicht absehnend verhalten.

Abg. Dr. **Stann** (nl.): Wenn der Abg. Hahn für meine Partei gesprochen hat, so bitte ich nicht jede Aeußerung desselben als bindend für die ganze Partei anzusehen. Meine Partei hat nicht antisemitische Sympathien, sie steht im Gegentheil die antisemitische Agitation als Verirrung an, die die Leidenschaften aufwühlt. Redner polemisiert sodann gegen die Aeußerung des Abg. Richter, daß die Freunde der Militärvorlage Unzufriedenheiten erregt hätten, und daß sie alles daran zu setzen hätten, um durch Steuern die Unzufriedenheit nicht noch mehr zu steigern und Nachtheile von sich abzuwenden. Die nationalliberale Partei müsse diesen Vorwurf entschieden zurückweisen, sie habe nichts zu fürchten. Ein Theil meiner Freunde ist Anhänger einer Reichseinkommensteuer, von deren Unausführbarkeit uns die Reden der Minister nicht überzeugt haben. Es wird noch nicht 10, noch nicht 5 Jahre dauern, und wir bekommen sie doch. Die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse des Reichs treibt dazu. Damit hängt auch der Gedanke einer Reichserbschaftsteuer eng zusammen, die im Reich nicht auf ewigsohlen Widerstand stoßen würden wie in Preußen. Warum ist man ferner dem Gedanken nicht näher getreten, Luxussteuern einzuführen? Wenn sie auch im Anfang nichts einbringen, lassen Sie sie doch sich genügend entwickeln! Zu diesen Luxusgegenständen gehören auch die Antiquitäten der Auktionen- und Vermaltungsräthe bei den Altgenossenschaften. Nach der Versicherung des Reichstanzlers, nur die leistungsfähigsten Schultern heranzuziehen, hätte man nicht solche Vorlagen erwartet, die die großen Massen belasten, wie z. B. die Tabak- und Weinsteuer, sowie die sonderbar verschrobene Nahrungsteuer. Auch eine Emissionssteuer wäre nicht so schwer durchzuführen gewesen, wie es dargestellt wird. Wer glaubt, in Deutschland mit exotischen Papieren solide Geschäfte machen zu können, löst sich durch eine geringe Emissionssteuer nicht abkreden. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Unschuldigen mitgetroffen werden, müssen wir die Schuldigen zu treffen suchen.

Es ist unsere Pflicht, gegen die Auswüchse der Börse Front zu machen. Was die Quittungs- und Frachtsteuer betrifft, so ist der größte Theil meiner politischen Freunde, zu denen auch ich gehöre, gegen diese Steuer, weil sie zu demselben Kapitel gehören wie die Tabak- und Weinsteuer. Durch Abänderung in der Kommission werden wir das Gesetz hoffentlich in eine Form bringen, daß es sich sehen lassen kann. Den Gedanken der Reichs-Einkommen- und Reichs-Einkommensteuer lassen Sie nicht fallen. (Beifall bei den National Liberalen.)

Präsident v. Levetzow: Der Vortrager hat die Quittungssteuer eine vorderrückte Steuer genannt. Ich finde diesen Ausdruck sonderbar. (Heiterkeit.)

Abg. Meiß (Soz.): So lange die kapitalistische Gesellschaft besteht, wird auch die Ausbeutung bestehen und die wird von jüdischen und arabischen Kapitalisten gleichmäßig geübt. Die Quittungs- und Frachtbriefsteuer belastet den kleinen Gewerbetreibenden übermäßig. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß der große Gewerbetreibende für eine ganze Waggonladung auch nur einen Frachtschein von 10 Pf. zu bezahlen braucht. Diese Steuern werden zu großen Defraudationen verleiten. Ich kenne eine große Firma, die Firma Gröwink im Kreise Gummerbach, die viele Millionen besitzt und doch große Summen an Wechselstempelsteuer defraudiert. Die Dokumente dafür sind in meinen Händen. Gegen eine Reichseinkommensteuer sträubten sich die herrschenden Klassen nur, weil sie die Lasten auf das Volk abwälzen wollten. Und doch hätten sie die Pflicht, die Lasten für Geleise zu tragen, von denen sie allein Vorteile haben. Beim preussischen Einkommensteuergesetz fehlt auch die Progression nach oben, so daß die Millionen-Einkommen nicht entsprechend getroffen werden können. Wenn Abg. Liebermann von Sonnenberg meinte, es ginge bereits Leute aus sozialdemokratischem ins antisemitische Lager über, so gratuliere ich ihm zu der neuen Erwerbung, den Herren Schwenhagen u. s. w. Gleich und gleich gesellt sich gern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzminister Graf v. Posadowsky verliest die Erklärung des Reichskanzlers vom Juli gelegentlich der Beratung der Militärvorlage, um den Nachweis zu erbringen, daß die eingebrachten Steuervorlagen nicht im Widerspruch mit den damaligen Erklärungen des Reichskanzlers ständen. Der Versuch, die Steuerlast auf die leistungsfähigeren Schulktern zu legen, liegt in der Tabakfabriksteuer vor. (Widerspruch links, Rufe: Quittungssteuer!) Denn wer verheiratete Eigarren raucht, bezahlt auch die höhere Steuer! Desgleichen belastet auch die Weinsteuer gerade die wohlhabenden Klassen. (Rufe links: Winger!) Schließlich muß ich betonen, daß nicht der Reichskanzler die Vorlage gemacht hat, sondern die verbündeten Regierungen.

Abg. Graefe (Antif. Ref.): Im Namen der Antisemitischen Reformpartei habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir der höheren Besteuerung der Börse zustimmen, wenn gleich wir glauben, daß die Steuer noch nicht der Größe des Objekts entspricht. Ablehnend verhalten wir uns gegen die Quittungs- und Frachtsteuer, an deren Stelle andere Steuern vorzuschlagen wir uns für die zweite Lesung vorbehalten. Redner fügt dieser Erklärung hinzu, der Reichskanzler habe bei der Militärvorlage verlangt, man solle Vertrauen zur Regierung haben. Die Reformpartei sei in ihrem Vertrauen leider getäuscht worden.

Abg. Graf Arnim-Muskan (Rp.): Woher die Popularität der Frachsteuer kommt, muß jeder einsehen, der weiß, in wie geringem Verhältniß Leistung und Gewinn bei Frachtschiffen stehen. Ich erinnere nur daran, daß Bonn bei einem Barkapital von 6000 Mark Umsätze von 168 Millionen gemacht hat. Redner befürwortet alsdann eine Reform der Börse, wozu allerdings nach den Erfahrungen der Enquete-Kommission, namentlich nach der Haltung der an der Enquete-Kommission beteiligten Beamten, wenig Aussicht sei.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Die bei der Börsen-enquete beteiligten Beamten haben keine Instruktion von den Chefs gehabt, irgend eine bestimmte Haltung zu den dort verhandelten Fragen einzunehmen. Sie wurden nur hingewiesen, weil man glaube, daß dieselben in diese Fragen sich gründlich einzuarbeiten werden. Da ich noch nicht im Besitze des Materials bin, so läßt sich nicht übersehen, welcher Weg eingeschlagen wird zur Beseitigung von Mißständen im Wege der Gesetzgebung oder der Verwaltungsmäßigkeiten. Die verbündeten Regierungen haben antwortlich noch keine Stellung dazu genommen. Trotzdem bitte ich den Grafen Arnim, nicht trübe in die Zukunft zu blicken, sondern überzeugt zu sein, daß da, wo Uebelstände vorhanden sind, auch der Wille zur Besserung vorhanden ist.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Meyer (Fr. Vergg.): Der Abg. Gahn hat eine Aeußerung gethan, aus der hervorzugehen scheint, als ob wir durch die Unterstützung seitens der Börse veranlaßt worden seien, für die Militärvorlage einzutreten. (Widerspruch des Abg. Gahn.) Wenn Ihrer Aeußerung diese Absicht nicht unterlag, so will ich sie auf sich beruhen lassen. Wenn uns auch bedeutende Kapitalien zur Verfügung gestellt sein sollten, so sind sie doch nicht in unsere Hände gelangt, und ich würde dankbar sein, wenn uns der Weg gezeigt würde, auf dem sie in unsere Hände gelangen könnten. (Heiterkeit.) In meinem Wahlkreis ist ein Zufluß von Geld keineswegs erfolgt, und das ist mir bekannt aus Bremen, Lübeck, Danzig, Girschberg und Dithmarschen. Es ist allerdings in Folge eines Aufruhrs Geld gesammelt worden, und ich nehme keinen Anstand, die Summe zu nennen. Es waren 6700 Mark. Niemand von Ihnen wird glauben, daß diese Summe geeignet ist, eine Fraktion aufrecht zu erhalten. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Gahn: Der Abg. Liebermann von Sonnenberg hat mich falsch verstanden. Ich frage mich keineswegs darüber, daß die jüdischen Bankiers vielfach ihre Töchter an Plebanen verheiratheten. Ich habe dies nur konstatirt zum Beweise, daß diese Herren unserer militärischen Einrichtungen sympathisch gegenüberstehen, allerdings scheinen mir die Ergebnisse, die aus diesen Verbindungen entspringen, keineswegs erfreuliche zu sein. (Große Heiterkeit.)

Das Stempelsteuergesetz wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr: erste Beratung der vom Centrum und den Konservativen eingebrachten Anträge, betreffend Revision der Alters- und Invaliditätsversicherung und des Centrumsantrags, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Schluß 5 Uhr.

Der russische Handelsvertrag.

Δ Berlin, 7. Dez.

Die Petersburger „Börsenzeitung“, das Blatt des Finanzministers Witte, theilt jetzt mit, daß Herr Witte ansehnliche Zugeständnisse an Deutschland gemacht habe. Vom Standpunkte eines Petersburger Blattes aus könnten die russischen Zugeständnisse ansehnlich erscheinen, ohne es vom deutschen Standpunkte aus zu sein. In diesem Falle aber dürfte die Mittheilung der genannten Zeitung als Bestätigung der hier umgebenen Nachrichten über den aussichtsreichen Verlauf der Vertragsverhandlungen angesehen werden. Mit dem Vorbehalt, der solchen, einer authentischen Unterstüßung

ja naturgemäß ermangelnden Versicherungen gebührt, verzeichnen wir die heute wiederum auftretende Nachricht, daß der Vertrag zwar noch nicht abgeschlossen ist, daß aber die wichtigste Arbeit gethan ist, und daß man sich Gutes von der Weiterberatung versprechen darf, endlich, daß — wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischen tritt, der Abschluß noch vor dem Januar erfolgen wird. Geschieht das, so ist es selbstverständlich, daß die Einbringung des Vertrags in den Reichstag und die parlamentarische Behandlung der Sache mit thünlichster Schnelligkeit betrieben werden wird. Haben sich beide Regierungen erst einmal darüber verständigt, daß dem Zollkriege mit seinen Verwüstungen auf beiden Seiten ein Ende gemacht werden soll, so erfordert es das gemeinsame Interesse, auch nicht einen Tag länger als nöthig zu warten, um in den Genuß der Vortheile zu treten, die sich jeder Kontrahent naturgemäß von der wirtschaftspolitischen Friedensschließung verspricht. Wenn Alles glatt von Statten geht, könnte der deutsch-russische Handelsvertrag hiernach wohl schon von Mitte Februar 1894 ab gelten.

Es steckt ein bitterer Humor darin, daß das russische Widerstreben gegen einen Zollvertrag, das von der einflußreichen Industriellenklasse des Zarenreichs getragen wird, gerade durch eine technische Industriefrage ersten Ranges gelähmt werden mußte, und daß ein scheinbar zufälliges, in Wirklichkeit aber mit dem ganzen bisherigen verkehrten System der russischen Volkswirtschaft zusammenhängendes Ereigniß zu besseren Entschlüssen beitrug. Wir meinen die Kohlennot in Rußland, die in diesem Lande, wo jede Kalamität gleich den Charakter des Gigantischen bekommt, gegenwärtig beinahe so bössartig wüthet wie seiner Zeit die Missernten. Der ebenso kindliche wie frevelhafte Versuch, den russischen Kohlenbergbau gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen, hat jetzt zu seinem sehr verdienten Fiasko geführt. Deutsche Kohlen sind durch die Zollsperrre am Eindringen verhindert worden, englische Kohlen müssen in Odessa und den übrigen Häfen des Schwarzen Meeres einen unerschwinglichen Zoll bezahlen, und die Unfähigkeit des russischen Kohlenbergbaus, den schon durch die Zunahme der Eisenbahnen regelmäßig wachsenden Bedarf zu decken, hat eine Preissteigerung von siebzig Prozent herbeigeführt, was so viel heißt, als daß jede industrielle Thätigkeit ruhen muß oder wahnwitzig vertheuert wird. Die russischen Industriellen selber sind es, die jetzt Abhilfe fordern müssen, und durch den Vertrag mit uns würde die Hilfe wenigstens zum Theil zu erreichen sein. Die deutsche Forderung, den Landzoll für Kohlen ebenso niedrig wie den Ostseehäfen-Zoll anzusetzen (der Schwarze Meer-Hafen-Zoll ist höher), wird jetzt zweifellos bewilligt werden.

Warum seinerzeit der Kohlenzoll an der preussisch-russischen Landesgrenze höher als der Ostseehäfen-Zoll bemessen wurde, verdient als hübsches Muster russischer Wirtschaftspolitik kurz erzählt zu werden. Die Differenz in der Behandlung der ausländischen Kohleneinfuhr hat keineswegs bloß, nicht einmal ausschließlich, den Schutz der polnischen Kohle gegen die ober-schlesische zum Zweck, sondern die Maßregel wurde auf Andrängen der Moskauer Großindustrie beliebt, die sich von der aufstrebenden, zumeist in deutschen Händen befindlichen Industrie von Lodz mit Ueberflügung bedroht sah. Den Lodzer Fabriken sollte die Kohle vertheuert werden, während die von Moskau sie aus Petersburg billiger zu beziehen gedachten. Jetzt bricht dies Kartenhaus egoistischer Kurzsichtigkeiten jäh zusammen.

Deutschland.

□ Berlin, 7. Dez. [Liebermann-Singer.]

Die häßlichen Ständele, die die Abgg. Liebermann und Singer heute provoziert, erinnern an die wüstenst Aylwardt-Tage. Die Schuld vertheilt sich zu gleichen Portionen auf den antisemitischen wie auf den sozialdemokratischen Ruhestörer. Daß die unflätigen Schimpfereien des Herrn v. Liebermann jedem Gegner das Blut wallen machen müssen, ist gewiß richtig. Ein solcher ekelhafter Rabauton wird wirklich nicht einmal von Aylwardt angeschlagen, schon weil diesem die rednerischen und Stimm-mittel dazu fehlen. Auf der anderen Seite hätte aber auch Herr Singer nicht die zum Ueberdruß oft hervorgezerrte Geschichte mit den Liebermannschen Ehrenscheinen aufführen sollen. Herr v. Liebermann hat den Abschied mit dem Rechte des Tragens der Uniform erhalten, er kann also, wenn er sich verfehlt hat, keines jener Vergehen auf seinem Namen haben, die jemanden aus dem geordneten Kreise der bürgerlichen wie militärischen Wohlstandigkeit ausschließen müssen. Das Uebelste an dem häßlichen Zwischenfall war, daß der Vizepräsident Frhr. v. Buol erst so spät seines Amtes waltete und den Skandal unnöthig anschwellen ließ. Was heute im Reichstage geschah, mag im Vergleich mit ähnlichen Vorkommnissen in anderen Parlamenten diesem oder jenem auswärtigen Leser noch harmlos vorkommen. Aber diese Retaktivität ist keine Entschuldigung; auch ein geringeres Uebel braucht nicht zu sein, wenn man es eben verhindern kann.

Dem aus dem Spieler- und Wuchererprozeß bekannten Landgerichts-Direktor Feinroth ist am 5. d. Mts. aus dem Zivilkabinet des Kaisers ein Telegramm zugegangen, worin mitgetheilt ist, daß der Kaiser Herrn Feinroth wegen seiner Leitung des gedachten Prozesses den Rothen Adlerorden 4. Klasse verliehen habe.

Wegen Verleumdung des Reichskanzlers Grafen Caprioli ist unter dem gestrigen Tage gegen den antisemitischen Druckereibesitzer F. W. Glöck in Dresden, den antisemitischen Verlagsbuchhändler G. A. Demald in Berlin, Reußenstraße 49, gegen den Buchhändler P. S. Struppe in Charlottenburg und gegen den Buchhändler C. Winkler in Charlottenburg öffentliche Anklage erhoben worden. Die strafbare Handlung wird von der Anklagebehörde in der Verbreitung und Veröffentlichung des antisemitischen „Politisches Bilderbogens Nr. 3: Bismarck in Berlin“ erblickt. (Vergehen gegen die

§§ 185, 200 und 41 des R.-Str.-G.-B., sowie gegen den § 20 des Reichsgesetzes über die Presse.) Die Hauptverhandlung ist auf den 18. Dezember d. J. vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin angesetzt.

* **Aus Meiningen, 6. Dez.** Der in Saalfeld für katholischen Religionsunterricht und Seelsorge zuständige Pfarrer Müller in Rudolstadt hatte, wie dem „Selpz. Tagebl.“ geschrieben wird, einen in gemischter Ehe lebenden katholischen Familienvater mit der Verweigerung der Absolution bedroht, falls er nicht zustimme, daß zwei seiner Ehe entlassene Töchter katholisch erzogen würden. Zwei ältere Geschwister derselben gehörten bereits der katholischen Kirche an. Die beiden Mädchen aber waren evangelisch getauft und hatten bereits evangelischen Religionsunterricht. Aus diesem Grund sollte die Kinder heraus und in den katholischen Religionsunterricht hinüber. Darauf erfolgte Anzeige bei Superintendent Käßlein, und dieser wandte sich an die vorgesetzte Behörde in Meiningen. Das herzogliche Staatsministerium hat, wie nun bekannt wird, den Pfarrer Müller durch Restrikt angewiesen, sich aller Handlungen zu enthalten, welche den konfessionellen Frieden stören könnten. So ist es gekommen, daß die Mädchen jetzt wieder evangelischen Religionsunterricht genießen.

Parlamentarische Nachrichten.

* **Berlin, 7. Dez.** In der Budgetkommission des Reichstages fand heute der von dem Abg. von Schöning u. Gen. gestellte Antrag zur Beratung, dem § 23 des Militärpensionsgesetzes folgenden Absatz anzufügen: „Den in einem Feldzuge verwundeten Offizieren, Militärsäckern und Mannschaften des Reichsheeres und der Marine, welche durch ihre Verwundungen behindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzuges theilzunehmen, wird die höchste Zahl der anrechnungsfähigen Kriegsjahre einer militärischen Unternehmung zugestimmt, wenn dieselben innerhalb dieser Zeit sich der Pflege ihrer Verwundungen zu deren Heilung haben unterwerfen müssen; dieser Bestimmungen ist rückwirkende Kraft bis zum 2. August 1870 beizulegen.“ Nach kurzer Debatte wurde auf Wunsch der Regierungsvertreter die weitere Verhandlung und Beschlußfassung vorläufig vertagt. — Die im Reichstag eingebrachte Interpellation betreffs Verlängerung der Gefängnisstrafen bis Abends 10 Uhr am 24. und 31. Dezember d. J. ist einberufen von dem Abg. Werner (Antisemit) und folgenden Abgeordneten verschiedener Parteien: Bindewald, Dr. Böckel, Dr. Böhm, Freilich von Buddenbrock, v. Dallwitz, v. Dannenberg, Dresler, Dr. Förster (Neustettin), Dr. Götz, Gräfe, Dr. Gahn, Dr. Giffe, Hauffe-Dahlen, Hantsch, Hirschel, Hofmann (Dillenburg), Jorans, Köhler, Dr. König, Köpp, Klemm (Dresden), Leuf, Lieber (Kellern), Liebermann von Sonnenberg, Boge, Dr. Meyer (Vall), Richter, Sacke, Stroh, Walter, Wamhoff, Weber (Heidelberg), v. Werder, Schorbus, Zimmermann.

Militärische Mittheilungen.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

M. Das Verbot des Tragens eigener Uniformen für Mannschaften (hauptsächlich wohl Einjährige, Reserveunteroffiziere, Fähnriche u. s. w.) wird seitens der Presse als eine vollständig neue Maßregel hingestellt, ist es aber durchaus nicht. Ein solches Verbot existirt schon sehr lange, wie wir uns erinnern bereits seit den sechziger Jahren. Die Heeresverwaltung bezw. das Oberkommando legte indeffen auf die Durchführung dieses Verbots keinen Werth und gestattete das Tragen eigener Uniformstücke oder legte es vielmehr in das Belieben der Regiments- bezw. selbständigen Bataillons-Kommandeure, diese Erlaubniß zu geben oder zu verweigern. So kam es denn, daß allmählich diese Erlaubniß als ein Recht angesehen wurde; man erinnerte sich des Verbots nicht mehr, das indeffen seitens des Oberkommandos nicht aufgehoben war. Jetzt scheint man an maßgebender Stelle der Meinung zu sein, daß das Tragen eigener Uniformen einen zu großen Umfang angenommen hat, und dürfte in Folge dessen auf jenes alte Verbot einmal wieder hingewiesen haben. Von militärischem Standpunkt aus finden wir ein solches Verbot ganz gerechtfertigt und die Eltern mancher Einjährigen, Freiwilligen u. s. w. werden auch nicht erzürnt über das Verbot sein, das auf die Ausgabe des jungen Soldaten nur von wohlthätigem Einfluß sein kann.

Aus dem Gerichtssaal.

n. **Posen, 7. Dez.** Das Schöffengericht verhandelte in seiner heutigen Sitzung über eine Privatklage wegen Verleumdung. Die Witwe Frau Veronika Muth in Persitz hatte gegen ihren Schwager, den Hauswirth Kausch, einen Prozeß angestrengt, der zu ihren Ungunsten endete. Aus diesem Grunde war sie gegen den einzigen in diesem Prozeß vernommenen Zeugen, Malermeister Drabert in Persitz, erbittert und soll sie zu mehreren Personen geküßelt haben, derselbe habe in dem Prozeß einen Meineid geleistet. Diesen Eid habe Drabert für einen Schnaps falsch geschworen, er habe auch schon wegen eines Meineides im Zuchthaus gesessen. Dem Drabert wurden diese Aeußerungen hinterbracht und er strengte gegen die Frau Muth eine Privatklage wegen Verleumdung an, die heute vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Die Bemerkung ergab, daß die Angeklagte zu einer Frau Pysa vor dem Prozeß gegen Kausch gesagt habe, Drabert habe schon einmal falsch geschworen, er würde auch diesmal falsch schwören, während sie nach Verleumdung des Prozeßes zu dem Zeugen Lorenz Handschuh gesagt hatte, Drabert habe falsch geschworen, jedoch die den Prozeß verloren habe. Auch der Schwager der Angeklagten, Muth, wurde in der heutigen Verhandlung als Zeuge vernommen. Als derselbe in den Saal trat, sagte die Beklagte, sie nehme diesen Zeugen nicht an, da der Mann „das Delirium habe“, es habe dies auch schon in der Zeitung gestanden. Mit Rücksicht auf das nahe Verwandtschaftsverhältnis wurde dieser Zeuge nicht verurtheilt. Der Gerichtshof berücksichtigte, daß die Privatbeklagte dadurch, daß der Prozeß zu ihren Ungunsten ausgefallen sei, gereizt gewesen sei und erkannte, gegen sie wegen verleumdender Verleumdung unter Auserlegung sämtlicher Kosten auf nur 10 Mark Geldstrafe.

* **Berlin, 7. Dez.** Der sozialdemokratische Stadtverordnete, praktischer Arzt Dr. Jabad, hatte sich gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I wegen Verleumdung der Reserveoffiziere der preussischen Armee zu verantworten. Der Kriegsminister hatte den Strafantrag gestellt. Gelegentlich einer Wählerversammlung hatte der Angeklagte davon gesprochen, wie der Militarismus in das Civilleben übertragen werde. Der Reserveoffizier genieße immer einen Vorrang, gleichviel ob er klug oder dumm sei. Man finde häufig, daß sie ruppig und stolz nach unten, kriechend und devot nach oben seien. Diese Bemerkung wollte die Anklage auf den ganzen Stand

der Referent bezogen wissen, während der Angeklagte behauptete, daß seine Ausführungen nur auf einen gewissen Typus der Referent bezogen gewesen seien, welche diese Eigenschaften besäßen. Staatsanwalt Müller II hielt diese Entschuldigung nicht für stichhaltig, sondern beantragte eine Geldstrafe von dreihundert Mark oder 30 Tage Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, führte aus, daß die Worte nur einen Sinn hätten in der Beziehung auf die außerordentliche Tätigkeit der Referent, denn nur so könnten sie als Illustration dafür dienen, wie der Militarismus in das Civilleben übertragen werde. Wenn dies aber angenommen werde, so sei der Kriegsminister nicht berechtigt, den Strafantrag zu stellen. — Der Gerichtshof erkannte nach längerer Beratung auf Einstellung des Verfahrens. Der Angeklagte habe zweifellos nur das außerordentliche Verhalten der Referent kritisiert und hieraus folgere, daß der Kriegsminister nicht legitim sei, den Strafantrag zu stellen.

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt, 7. Dez.** Am Grabhügel des Geh. Rathes Prof. Dr. Werder auf dem alten Offiziersfriedhofe in der Unterstraße ist neuerlich das vom Kaiser gewidmete Grabdenkmal aufgestellt worden. Es besteht aus einem 3 Meter hohen, gewaltigen, roh behauenen Felsockel aus tiefem schwedischen Granit, der auf einem viereckigen, doppelt kanthierten, geschliffenen Sockel aus dem nämlichen Material ruht. Auf der Vorderseite liegt man in großer Goldschrift: Karl Werder * 3. Dezember 1806 † 10. April 1893 und darunter Amico Imperator.

Das Kaiserpaar wohnte heute Abend der ersten Aufführung des Wälschen patriotischen Schauspiels „Aus eigenem Recht“ im Berliner Theater bei. Nach dem zweiten Akte ließ der Kaiser Ernst Wilhelm ruhen, sprach ihm seine Zufriedenheit aus und überreichte ihm den Rothen Adlerorden III. Klasse mit der Schleife, dem Direktor des Theaters, Ludwig Barnack, überreichte der Kaiser seine Bronzestatue auf zierlicher Marmorstatue.

Der hannoversche Männergesangsverein ist vom Kaiser telegraphisch zu Dienstag, 12. Dezember, nach dem Neuen Palais eingeladen worden, um dort wieder vorzutreten. Das Hofmarschallamt hat einen Sonderzug zur Hin- und Rückfahrt zur Verfügung gestellt.

Eines großen Vertrauensbruchs hat sich der Kaufmann Paul Seidel schuldig gemacht, der bisher in einem Juwelengeschäft der Gertrudenstraße thätig war. S., der fortgesetzt Goldschmied, besonders schwere Ketten verfertigt und aus dem Erlös seiner Braut ein Handschuhgeschäft eingerichtet hat, ist verhaftet und befindet sich mit seinem Vater, den Rassenboten Seidel, dem eine Unterschlagung von 25 000 M. zur Last gelegt wird, im Untersuchungsgefängnis.

Wieder ein Opfer einer unsinnigen Wette. Am Mittwoch Abend renommierte der 24jährige Arbeiter Grund aus Friedrichsberg in einer Schankwirtschaft an der Frankfurter Chaussee mit seinem guten Appetit und erbot sich schließlich gegen eine Wette um 10 Mark in einer Viertelstunde ein Fünftelpfennig-Brot und eine Schüssel eingemachter Heringe, die 3½ Stück enthielt, verzehren zu wollen. Schon war das halbe Brot und die Schüssel bis auf die letzte Lage der Heringe verzehrt, als der Leichtsinnige plötzlich, ohne auch nur einen Laut von sich zu geben, todt vom Stuhl fiel, der Schlag hatte ihn gerührt. Alle angestellten Wiederbelebungsbemühungen blieben erfolglos, so daß der inzwischen eingetretene Arzt nur noch den Tod konstatieren konnte.

† **Bei dem Eisenbahnunglück bei Linito** sind nach den neuesten Berichten 24 Personen getödtet worden, 18 davon sind durchaus nicht mehr erkennbar; es handelt sich vielmehr nur um verlorene menschliche Körpertheile. Die Ueberreste sind in Linito in Reihen gelegt und mit Nummern versehen. Da heißt es z. B.: Nr. 1 weibliches Becken, Nr. 2 männlicher Rumpf ohne Arme und Arme, Nr. 3 männliches Becken, ohne persönliche Zeichen, Nr. 5 männliches Becken und Oberschenkel, daneben ist ein rothes Federmesser gefunden worden, Nr. 8 Bruststücke eines Kindes. Unter den Verunglückten befinden sich zwei Viehhändler von Saronno, die mit mehreren tausend Lire ausgerüstet zu dem großen Viehmarkt von Lonato gehen wollten; ihre Angehörigen haben sich umsonst abgemüht, sie unter den Leichen von Linito ausfindig zu machen. Ein Mitbürger der beiden, der mit ihnen im gleichen Zug an den gleichen Ort hin reisen wollte, entging dadurch dem Tode, daß er in Mailand, um etwas schlummern zu können, in den fast leeren, am Ende des Zuges stehenden 3. Klasse-Wagen einstieg. Der Quästor von Mailand hat alle Präfecten Venetiens telegraphisch erlucht, ihm mitzuthellen, welche Familien an jenem Tage einen Verwunden oder Bekannten erwarteten, und ihm die begünstigten äußeren Erkennungszeichen bekannt zu geben. Der Zustand der in Mailand untergebrachten Verwunden bessert sich; nur die slawische Frau, die sammt ihrem Kinde, das daran gestorben ist, aus dem Wagenfenster geworfen wurde, giebt zu Verfürchtungen Anlaß.

† **Ein Konzert in hundert Jahren.** Im Wiener Tagblatt finden wir das folgende wichtige, aus dem nächsten Jahrhundert vorgeahnte Musikreferat: „Herr Süßlich stellte sich dieser Tage den Kunstliebhabern unserer Stadt als Konzertist auf dem Forte (anno dazumal hieß es „Piano Forte“) vor. Ehemals jenes Instrument, welches von öffentlich spielenden Männern mit verhältnismäßig viel Glück behandelt wurde, ist dasselbe jetzt, da es mehr Kraft, Ausdauer und Kühnheit verlangt, fast ausschließlich das Instrument der Frauen geworden, die bekanntlich auf demselben wahre Wunderthaten vollbringen. Herr Süßlich spielte freilich auf einem altmodischen kleinen Klaviere mit 8½ Oktaven Umfang, wie sie zu Ende der neunziger-Jahre des vorigen Jahrhunderts der Wiener Fabrikant Bösendorfer für den Gebrauch in Konzertsälen baute und die er — komisch genug — mit dem Namen „Kleinstklavier“ besetzte. Was sind diese angeblichen „Kleinstklaviere“ für jämmerliche Spinnetzen gegen unsere heutigen „Damenklaviere“ mit 7½ Oktaven? (Wie Jedermann weiß, ist der Sitz für den Pianisten jetzt auf parallel zur Klaviatur angebracht, gut geölten Eisenstangen in der Weise befestigt, daß der Spieler vom Bass gegen den Diskant hin, oder umgekehrt, rutschend leicht sowohl die tiefsten, als die höchsten Töne der 15½ Oktaven erreichen kann.) Herr Süßlich bediente sich, wie gesagt, des allerersten alten Klaviers, dessen zirpender Klang unseren Ansprüchen nimmer genügen kann und das mit seinen zwei (!), sage zwei Pedalen (es fehlt das seit Jahren bei uns eingebürgerte Schuttpedal, das wir mit so viel Glück zur Verstärkung besonderer Kraftstellen benützen, ebenso als der heutzutage unerlässliche Dampfpfeifer, der bei Pianopartien die den wichtigsten in den Klängen berührten Tonarten entsprechenden Oboens automatisch ausstrahlt) nur wenige beschriebene Nuancen zuläßt; er spielte etliche, der geringen Leistungsfähigkeit des Instruments adäquate leichte Stücke des längst vergessenen Chopin (gebürtig aus 23, ehemals „Polen“ genannt) und eines gewissen Liszt (1811, also vor fast 200 Jahren geboren in 217, damals Ungarn benannt) und fand für seine anspruchslosen Vorträge aufmunternden Beifall. Sein Anschlag ist männlich-welt, sein Vortrag dementsprechend lebenswichtig, etwas empfindsam. Weibliche Kraft mangelt ihm vollends. Auch wäre dem Konzertgeber zu empfehlen, in seiner nächsten Saison ohne Armänder zu spielen. Das Klirren der vielen Anhängel stört außerordentlich.“

Notales.

Wien, 8. Dezember.

* **Personalnotiz.** Der Referendar Marquardt im Bezirk des Oberlandesgerichts Wien ist nach bestandenen Staats-examen zum Gerichtsassessor ernannt und dem Amtsgericht Dist. Prone zur Beschäftigung überwiesen worden.

* **Plastersteine aus Korkabfällen** werden in England ver-fuchsmäßig und zwar, wie es heißt, mit günstigem Erfolge zur Dampfklosterung angewandt. Die Steine bestehen aus abgemaßenen Korkabfällen, die mit bituminösen Bindemitteln, wie Asphalt u. dergl. komprimirt, gefestigt sind. Das Korkplaster soll alle Vortheile des Holz- und des Asphaltplasters besitzen, ohne die Nachteile dieser Plasterarten zu haben. Die neuen Plastersteine sind ungewöhnlich leicht, saugen keine Feuchtigkeit ein, stäuben nicht wie das Holzplaster und sind unverwundlich, während sie dem reinen Asphaltplaster gegenüber den Vortheil bieten, daß die Pferde nicht so leicht stürzen und daß das Geräusch fast gänzlich fortfällt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 7. Dez. Das Abgeordnetenhaus nahm den Gesetzentwurf an betreffend die Ausbehebung der Unfallversicherung auf diejenigen Betriebe, welche bisher der Unfallversicherung nicht unterstellt waren; hierher gehören der Eisenbahnbetrieb, die Binnenschiffahrt, die Straßenreinigung, die Theater, die Berufsfeuerwehr und andere. Gleichzeitig wurde eine Resolution angenommen, nach welcher auch die Post- und Telegraphenbediensteten der Unfallversicherung unterliegen. — Gegenüber der vom Pariser „Figaro“ wiederholt gebrachten und auch in andere Blätter übergegangenen vollständig erfundenen Nachricht, daß Italien im September einen Angriff auf Frankreich geplant habe, in der Ausführung dieser Absicht aber nur durch das entschiedene Eingreifen Oesterreich-Ungarns verhindert worden sei, erklärte das „Tribunal“ auf Grund zuverlässiger Information, daß in diesem kompetenten Kreise absolut nichts darüber bekannt sei, daß man in Italien, welches den Frieden wolle, an einen Angriff gegen Frankreich gedacht habe oder noch denke, daß daher auch das österreichisch-ungarische Kabinett nicht im Entferntesten Anlaß gehabt hätte, jener angeblichen Absicht entgegenzutreten, beziehungsweise eine Mitwirkung Oesterreich-Ungarns bei einem Angriff auf Frankreich zu verweigern.

Paris, 7. Dez. [Unterhaus.] Bei der Beratung des Budgets des Finanzministeriums erklärte der Ministerpräsident Dr. Weyler, die heutige bedeutende Subvention der Silberproduktion könne auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden; er schlage deshalb vor, daß der Einlösungspreis während dreier Jahre successive herabgesetzt werde, bis der normale Preisstand erreicht sei. Der Schatz der Silberproduktion durch einen erhöhten Zoll sei nicht angezeigt.

Rom, 7. Dez. Wie der „Don Chisciotte“ und der „Messaggero“ melden, betreffen die im letzten Augenblick bezüglich der Kabinettsbildung entstandenen Schwierigkeiten den zum Minister des Auswärtigen ausersehenen General Baratieri. „Don Chisciotte“ meldet unter Vorbehalt, daß der König die Wahl Baratieris zum Minister nicht gebilligt habe. Der König empfängt heute Vormittag Zanardelli.

Paris, 7. Dez. [Kammer.] Dupuy nahm den Präsidentsitz ein und dankte in einer Ansprache für seine Wahl. Er werde das Bestreben haben, die Freiheit der Tribüne zu schützen und seiner Thätigkeit den Charakter der Höflichkeit, der Mäßigung und Billigkeit zu wahren. Dupuy schloß mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß die neue Legislaturperiode die Hoffnungen der Republik und des Vaterlandes rechtfertigen werde. (Beifall.) Die Kammer nahm mit 387 gegen 93 Stimmen den Antrag Barobet an, betreffend die Ernennung einer Kommission, welche mit der Sammlung und Veröffentlichung der Wahlprogramme beauftragt werden soll. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte Bazilly, eine Kommission von 44 Mitgliedern zu ernennen mit dem Auftrage, eine Enquete über den Streik im Departement Pas de Calais und über die Ausbeutung der Kohlengruben zu bilden. Bazilly verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit und sofortige Verathung, erklärt sich aber auf eine Gegenüberstellung des Ministers der Arbeiten damit einverstanden, daß die Verathung erst am Montag stattfindet. — Die Kammer beschloß, eine Untersuchung über die Wahl des Vicomte de Vogue anzustellen.

London, 7. Dez. [Unterhaus.] Der Parlamentssekretär des Auswärtigen Grey erklärte auf eine Anfrage, das Protokoll betreffend die Errichtung eines neutralen Staates zwischen Siam und den britischen Besitzungen sei unterzeichnet. Der Wortlaut des Abkommens werde Montag dem Hause vorgelegt werden. Ein definitives Abkommen darüber, den betreffenden Staat unter die Kontrolle Chinas zu stellen, sei noch nicht getroffen. — Der Premierminister Gladstone theilte mit, Sir Gerald Portal sei zurückgekehrt, aber noch mit der Abfassung seines Berichtes über Uganda beschäftigt; die Regierung könne somit über ihre Politik, betreffend Uganda noch keine Erklärung abgeben. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte Grey auf eine bezügliche Anfrage, die englische Regierung habe nicht die Absicht, bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Anlaß für Handelskriegen zu ernennen.

London, 7. Dez. Das Verdict der Leichenschaujury erklärt, daß Professor Lyndall in Folge einer zu starken Dosis Chloral gestorben ist, die ihm seine Frau aus Versehen verabreicht hatte.

Kopenhagen, 7. Dez. Dem von der Prinzessin Waldemar organisirten Komitee zur Fürsorge für die Hinterlassenen der bei Harboøre verunglückten Fischer sind von der Frau Prinzessin Heinrich von Preußen 300 Mark durch die Deutsche Gesandtschaft übermittelt worden.

Newyork, 7. Dez. Der „Newyork Herald“ erhielt gestern die telegraphische Mittheilung, daß ein Mann der Besatzung des brasilianischen Kreuzers „America“ während der Fahrt von Newyork nach Rio de Janeiro am 4. d. M. absichtlich das Ventil der Maschine zerbrach. Die „America“ befindet sich gegenwärtig im Hafen von Bridgetown (Insel Barbados), von wo sie nach Beendigung der Reparaturarbeiten nach Rio weiterfährt.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Post. Ztg.“

Berlin, 8. Dezember, Morgens.

Wie die Morgenblätter melden, sind die Vorarbeiten zur Aufstellung des Haushalts für den preussischen Etat soweit gefördert, daß sie dem Finanzminister am 10. d. M. werden zugestellt werden können.

Wie die „Post. Ztg.“ erfährt, bemüht man sich, die Handelsverträge möglichst rasch dem Reichstage zur Erledigung zuzustellen. Wegen der voraussichtlichen längeren Ausführungen der Agrarier dürfte die Debatte ca. vier Tage dauern.

Am heutigen parlamentarischen Diner des Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg nahmen theil: Präsident v. Rebeckow, Dr. v. Frege, Dr.

von Buchka, v. Polenz, v. Stauby, v. d. Gröben, v. Gustedt, Dr. Hammacher, Graf von Oriola und andere Parlamentarier.

Der Musikdirektor Professor Adolf Fischer, bekannter Komponist und Musikschreiber, Direktor des Boewischen Konservatoriums in Breslau, ist gestern Nachmittag daselbst gestorben.

Einem in Rom verbreiteten Gerüchte zufolge soll Crispi mit der Bildung des Kabinetts betraut werden.

Wie aus London gemeldet wird, wurde heute in Bologna die Leiche der Herzogin-Witwe St. Albano verbrannt.

Im Hause Gladstones herrscht große Aufregung. Gladstones Kammerdiener, der 23 Jahre in dessen Diensten steht, ist seit einer Woche spurlos verschwunden.

Handel und Verkehr.

**** Berlin, 7. Dez.** Nach amtlicher Feststellung seitens der Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loco ohne Faß frei ins Haus oder auf den Speicher geliefert, per 100 Liter a 100 Proz.: Unversteuert, mit 50 M. Verbrauchsabgabe: am 1. Dez. 1893 51 M. 10 Pf., am 2. Dez. 51 M. 40 Pf., am 4. Dez. 51 M. 20 Pf., am 5. Dez. 51 M. 70 Pf., am 6. Dez. 51 M. 60 Pf., am 7. Dez. 51 M. 20 Pf. — Unversteuert mit 70 Mark Verbrauchsabgabe: am 1. Dez. 1893 31 M. 80 Pf., am 2. Dez. 31 M. 90 Pf., am 4. Dez. 31 M. 90 Pf., am 5. Dez. 32 M. 10 Pf., am 6. Dez. 32 M., am 7. Dez. 31 M. 80 Pf.

**** Leipzig, 7. Dez.** [Wollbericht.] Kammtzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per Dezember 3,40 M., Januar 3,42½ M., p. Februar 3,45 M., per März 3,47½ M., per April 3,50 M., p. Mai 3,52½ M., per Juni 3,57½ M., p. Juli 3,60 M., p. August 3,62½ M., p. Sept. 3,62½ M., p. Okt. 3,62½ M., p. November 3,62½ M. — Umsatz 5000 Kilo.

**** London, 6. Dez.** [Wollauktion.] Wollpreise fest behauptet, Merino feine und Mittelforten unverändert, ordinäre fünf bis zehn Prozent unter den Oktoberpreisen. Kreuzschotten behauptet, ordinäre Kapwolle fünf Prozent unter den Oktoberpreisen.

**** Bradford, 7. Dez.** Wolle fest, thätiger, Mohairwolle und Alpaca ruhig. Garne ruhig, aber fest, Stoffe ruhig.

Marktberichte.

Bromberg, 7. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 130—136 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—118 M., geringe Qualität 108—111 M. Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. Erbsen, Fatter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M., Hafer 152—162 M.

Meteorologische Beobachtungen in Wien im Dezember 1893.

Datum	Barometer auf 0	Bar. red. zum	Wind	Wetter	Temper.
Stunde	66 m Seehöhe	66 m Seehöhe			l. Cel.
7. Nachm. 2	756,2		SD leicht	bedeckt	- 3,3
7. Abends 9	754,1		Windstille	völlig heiter	- 6,8
8. Morgs. 7	754,5		Windstille	bedeckt	- 4,3

Am 7. Dez. Wärme-Maximum — 3,3° Cel.
Am 7. = Wärme-Minimum — 11,5°

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin, 7. Dez.** [Zur Börse.] Die „Nat.-Ztg.“ berichtet: Heute war es abermals der Montanmarkt, dessen Festigkeit in Stimmung und Kursentwicklung den Gesamtmarkt günstiger beeinflusste. Freilich war dieser Einfluß kein tiefgreifender und im Allgemeinen hatte der Verkehr, wenn die Umsätze in Betracht gezogen werden, einen schleppenden Charakter. Die Motive, die für die Steigerung der Montanwerthe zur Geltung gebracht werden, trugen bislang nur das Gepräge von Erwartungen, die man an den guten Willen des Präsidenten Cleveland knüpft, dem europäischen Verkehr in seinem Zuge nach der Union Erleichterung zu verschaffen. Sie knüpfen ferner an die Wahrscheinlichkeit der Annahme der dem Parlamente zur Verathung vorliegenden Handelsverträge an, an die Voraussetzung, daß ein deutsch-russischer Handelsvertrag zu Stande kommt. Auf dem Montanmarkt, dessen Entwicklung gewissermaßen auch das Schicksal der Industrie präsentirt, wird nun der Hebel angelegt, um das Vertrauen in die Zukunft zu stärken, Kommendes zu eskompiren. Dabei eine starke Bewegung in Vorräthen gestern und in Bochumern heute, meistens gefördert durch eine Anzahl von Speculanten und durch Deductionen der Contremine, die einer Ueberraschung aus dem Wege geben möchten. Gleichzeitig wurden Zwangsbedingungen für einige Speculanten vorgenommen. Noch sind keine Nachrichten aus den Industriebezirken eingelaufen, die eine solche rapide Kursbewegung rechtfertigen. Nach 2 Uhr trat eine Reaktion auf dem Montanmarkt ein. Der Rentenmarkt zeigte keine Lebhaftigkeit, ausgenommen waren Mexikaner. Gegen diese wirkte ein analysirter Artikel der „Köln. Ztg.“ und sie gaben auf umfangreiche Abgaben erheblich nach. Für Krattener war kein Interesse bemerkbar. Die Unsicherheit in Bezug auf die Bildung des italienischen Ministeriums hindert die Speculation wie das Kapital, Stellung zu nehmen. Im Allgemeinen trat um 2 Uhr eine Ermattung der Tendenz nach dem Schwinden des Deductionsbedürfnisses und insbesondere auf niedrigere Pariser Notierungen ein. Diese werden begründet durch die ungünstige Aufnahme, den der Plan einer Konversion der 4½proz. französischen Rente in eine 3proz. findet.

Breslau, 7. Dez. (Schlußkurse.) Schwantend. Neue 3proz. Reichsanleihe 85,80, 3½proz. S.-Pfundbr. 97 05, Konfol. Aktien 22,45, Fürt. Boote 87,25, 4proz. unq. Goldrente 94,75, Bresl. Distontobank 97,25, Breslauer Wechselbank 94,25, Kreditaktien 207,75, Schle. Bankverein 13,25, Donnersmarchütte 94,00, Flöthner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 127,00, Oberschles. Eisenbahn 48,50, Oberschles. Portland-Zement 83,25, Schle. Zement 132,00, Oppeln. Zement 99,50, Kramitz 125,75, Schle. Zementaktien —, Laurahütte 107,65, Berlin Vellfabr. 87,00, Oesterreich. Banknoten 163,75, Russ. Banknoten 216,10, Siles. Zement 87,00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 90,80, Breslauer elektrische Straßenbahn 118,00.

Frankfurt a. M., 7. Dez. (Effekten-Notizblatt.) [Schluß.] Oesterreich. Kreditaktien 279½, Franzosen 251½, Lombarden 88½, Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 150,40, Distonto-Kommandit 172,20, Dresdner Bank 32,10, Berliner Handelsgesellschaft 129,30, Bochumer Gußstahl 113,80, Dortmunder Union —, Br. 51,10, Gelsenkirchen 142,70, Harpener Bergwerk 131,20, Stoll. 110,50, Laurahütte 107,30, 3proz. Portugiesen —, Italienische Mittelmeerbahn 86,10, Schweizer Centralbahn 115,20, Schweizer Nordostbahn 101,30, Schweizer Union 76,00, Italienische Meridio-

Druck und Verlag der Buchdruckerei von W. Decker u. Co. (H. Köchel) in Wien